



SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat der Stadt  
Wuppertal



Ratsgruppe Freie Wähler im  
Rat der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden  
des Integrationsausschusses  
Herrn Lukas Twardowski  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

Datum 15.02.2023

**Drucks. Nr.** VO/1788/23  
öffentlich

### Gemeinsamer Antrag

---

Zur Sitzung am  
**23.02.2023**

Gremium  
**Integrationsausschuss**

---

### **Antrag: Termin- und Bearbeitungsdauer in der Ausländerbehörde normalisieren**

Sehr geehrter Herr Twardowski,

die Fraktionen von SPD und FDP und die Ratsgruppe Freie Wähler beantragen, der Integrationsausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird mit Blick auf die laufenden Haushaltsplanberatungen beauftragt, innerhalb von zwei Wochen mitzuteilen, **in welcher Form wieder**

- die Online-Terminvereinbarung zum 01.06. so eingeführt wird, dass gleichzeitig
- die Dauer für den Erhalt eines Termins in der Ausländerbehörde auf das Maß reduziert wird, die anderen publikumsintensiven Bereichen wie dem Einwohnermeldeamt nahekommen.

#### **Begründung:**

Die Zeit, um Termine in der Ausländerbehörde zu erhalten, dauern teilweise unzumutbar lange. Dieser Zustand hält leider seit Jahren an. Insbesondere von Wuppertaler\*innen, die hier geboren und aufgewachsen sind, ist die Kritik über ihre Enttäuschung zu hören, dass Termine zur Bearbeitung ihrer Anliegen teilweise mangels Kontaktmöglichkeit nur über Umwege und nicht selten mehr als sechs Monate Zeit beansprucht.

Die Verbesserung dieser Situation in der Form, dass die Bearbeitungsdauer und -verfahren dem Zustand und Standard nahekommen, die auch in anderen publikumsintensiven Bereichen der Verwaltung gelten, wie z. B. dem Einwohnermeldeamt, muss eines der vorrangigsten Ziele der Ausländerbehörde sein. Für einen beträchtlichen Teil unserer Gesellschaft ist dieser Aspekt aus mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung. Da Wuppertaler\*innen mit Staatsangehörigkeiten anderer Länder als vollwertige Mitglieder

unserer Gesellschaft anerkannt sind, darf ein in zahlreichen Gesprächen reflektiertes Benachteiligungsgefühl durch mangelnde Gegensteuerungsmaßnahmen nicht gefestigt und ausgebaut werden, sondern muss reduziert werden. Dies ist für eine nachhaltige Integration und für eine Erhöhung des Zugehörigkeits- und Identifikationsempfindens ein wichtiger Baustein.

Aufgrund des allgemein bekannten Fachkräftemangels ist in der Stellungnahme der Verwaltung auch anzugeben, durch welche Maßnahmen, z. B. Sicherstellung des Wissenstransfers durch bestehende Fachkräfte an neu einzustellende und anzulernende Fachkräfte, der Beschluss gefördert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.

Nilay Dogan

Sprecherin der  
SPD-Fraktion  
im Integrationsausschuss

Eva Schroeder

Sprecherin der  
FDP-Fraktion  
im Integrationsausschuss

Niels Dahmann

Sprecher der  
Freien Wähler  
im Integrationsausschuss